

# (Bildungs-) Armes Deutschland

## Jutta Allmendinger zeichnete vorm Loccumer Kreis ein düsteres Zukunftspanorama

Von Eva Kairies

**Osterholz-Scharmbeck.** „Wir haben ein Bildungsproblem. Und wir haben es erkannt“, so begann Prof. Jutta Allmendinger, Schwergewicht in der deutschen Sozialforschung, ihren Vortrag vor dem Loccumer Kreis im Rathaussaal. Sicher würden die Forderungen mittlerweile 40 Jahre alt sein, und „dieses Zuviel an reden und zu wenig Handlung macht das Thema unsexy“.

Schwierig zu reden bei dem wenigen Fortschritt, den Deutschland erreicht habe in Sachen Bildungspolitik. „Wir sind ein zertifikatsgläubiges Land“, bescheinigte sie der Bundesrepublik. „Abschluss und Note bestimmen das ganze Leben. Das ist unabstreifbar.“ In der Pisa-Studie seien kognitive Kompetenzen abgefragt worden. „Die wichtigsten Aspekte, die sozialen Kompetenzen, wurden nicht gemessen.“ Doch hier würden nun Daten gesammelt werden. „Das dauert seine Zeit, aber es tut sich was.“

Der Rückgang der Gesellschaft in Deutschland bedeute für das Bildungsdeutschland, mehr Bildungsmaßnahmen für 40- bis 60-Jährige. „Die Spanne der Zeit im Erwerbsleben wird größer, die Arbeitnehmer müssen flexibler sein.“ Die Weiterbildung in Deutschland sei auf einem erbärmlichen Status, konstatierte die Wissenschaftlerin. „Meist Menschen mit bereits relativ hoher Erstbildung gehen in Weiterbildung. Damit erreichen wir kein zukunftsfähiges Deutschland.“



**Prof. Jutta Allmendinger:** „Unser Schul- und Universitätssystem bildet weniger soziale Kompetenzen aus als damals.“ Foto: ek

Durch die demografische Entwicklung gibt es absolut weniger Personen. Und der Anspruch an Personen mit hoher Bildung steigt gleichzeitig“, stellte sie einen zweiten Punkt vor. „Die dritte Variable ist die Veränderung des Arbeitsmarktes. Von

1990 bis 2008 wurden immer mehr Jobs mit niedriger Qualifikation abgebaut, hingegen sucht man Arbeitnehmer mit guter Qualifikation, zunehmend serviceorientierte Dienstleister.“ Das erfordere das Ansteigen des durchschnittlichen Qualifikati-

onsniveaus in hohem Maße, aber „das ist hier nicht der Fall“, sagte sie über Deutschland. Aua. Hoffnungsvoll stimme sie da, dass es wieder mehr Personen am Gymnasium gebe, weniger auf den Hauptschulen. „Das sieht nach Geschlechtern getrennt anders aus“, versalzte sie die Suppe. „Das Mädchen in Deutschland, flapsig ausgedrückt, in Richtung Finnland, Jungen aber bildungsmäßig in Richtung Mexiko wandern, ist ein Problem, das nicht behandelt wird, wie es in seiner Ernsthaftigkeit behandelt werden muss.“ Einen Abbau der Bildungs- und Kompetenzarmut habe Deutschland zu leisten, um einen Pool zu gewinnen für mehr Bildung, „gerade mit Blick auf die jungen Männer von heute. Und das sage ich als langjährige Frauenforscherin.“ Auch die regionalen Bildungsunterschiede dürften nicht weiterwachsen. „Mit dem Umzug von Bayern nach Berlin haben die Kinder zwei volle Schuljahre verloren. Das können wir uns nicht leisten.“ Leistungsdaten der Schulen fallen unter die Schweigepflicht, „und sind damit nicht vergleichbar. So kann kein Wettbewerb entstehen.“

Ganz wichtig sei ihr die Betreuung der unter Dreijährigen. „Mein Sohn, der einen amerikanischen Kindergarten besucht hatte, erreichte mit dem Umzug nach Berlin wieder den guten deutschen, niedrigen Standard durch Verlernen“, prangerte Allmendinger, Harvard-Absolventin, die kurikulumfreie Zone des Kindergartens an. Würden alle Kinder von Beginn an

gefördert, dann hätte sie nicht blamable Zahlen vorlesen müssen, die zeigten, dass von 100 Akademikerkindern 83 auf die Gymnasien kämen, von 100 Nichtakademikerkindern lediglich 23. „Mein Sohn war nicht schlauer beim Memory-Spielen als seine Kindergartenfreunde aus Arbeiterfamilien. Aber diese Freunde von früher hat er am Gymnasium nicht wieder getroffen.“ Auch sie selbst habe ihre gemeinschaftliche Pflicht hinsichtlich der Förderung der Jungs verletzt, gab sie, heute wohl kämpferischer, zu. In den letzten Jahren sei der Bildungsetat erhöht worden. „Im Vergleich zu den anderen Staaten tut Deutschland nicht nichts, aber zu wenig. Außerdem zähle nicht der Betrag, sondern wo das Geld investiert wird. Hier zeigt sich, dass Länder wie die USA, Finnland oder die Niederlande weit mehr in die Grundschule stecken als Deutschland, dafür steckt Deutschland doppelt so viel in die Sekundarstufe II wie in die Grundschule.“ Ein investiver Sozialstaat, der vermeiden möchte zur Arbeitslosigkeit auszubilden, solle nicht erst investieren, „wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist“.

Uns bringe es nicht weiter, eine Teilgruppe wie Lehrer, Eltern oder Schüler verantwortlich zu machen. „Die Bildungspolitik ist die wichtige Verbindung zwischen Arbeitsmarkt- und Familienpolitik. Der deutsche Sozialstaat verändert sich, und die Bildungspolitik nicht schnell genug für den deutschen Arbeitsmarkt.“